



POLITIK / REDAKTION

Wikileaks - gleiches Recht nicht für alle ...

(SB) - Als Pamela Anderson am 7. Mai nach dem Besuch ihres Freundes Julian Assange im britischen Hochsicherheitstrakt Belmarsh sichtbar erschüttert ihre Sorge zum Ausdruck brachte, das Leben des Wikileaks-Gründers sei "in Gefahr", hat fast niemand die Einschätzung der Hollywood-Schauspielerin und Bürgerrechtlerin ernst genommen. Das gleiche gilt für die drastische Aussage Assanges, die sich in einem privaten Brief an seinen Freund Thomas Gordon Dimmack befand. In der kurzen Schrift, die Dimmack aus Sorge um Assange am 11. Mai ... (Seite 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Syrien - Okkupation, nachladen, erobern ...

(SB) - Es liegt in der Logik der Kriegsführung, einmal errungene Positionen nicht wieder preiszugeben, sondern sie als Ausgangslage für künftige Waffengänge vorzuhalten. Das gilt auch für den Bundeswehreininsatz in Syrien, der nun über das Ende der Koalition gegen den Islamischen Staat hinaus unter neuen Maßgaben fortgesetzt werden soll. Dabei spielen insbesondere die Vereinigten Staaten und die ... (Seite 7)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Proteste gegen die Lateinamerika- und Karibik-Konferenz in Berlin

von CO-OP News, 30. Mai 2019



Bild: © CO-OP News

Bundesaußenminister Heiko Maas empfing am Dienstag in Berlin mehr als 20 Außenminister aus Lateinamerika und der Karibik. Als einziges Land der Region ist Venezuela nicht eingeladen worden.

Dagegen protestierte das Berliner Bündnis "Hände weg von Venezuela und der Bloque Latinoamericano Berlin vor dem Auswärtigen Amt am Werderscher Markt.

Videos zu der Aktion:
<https://youtu.be/eO-23p--ApQ>
<https://youtu.be/oDtXrTWikEk>

Erstveröffentlicht bei:

<https://cooptv.wordpress.com/2019/05/28/proteste-gegen-lateinamerika-konferenz/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfam1006.html>

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / REPORT / BERICHT

Frauenstreik - verschieden oder unvereinbar ... (1)

Die marxistische Theorie ist unverzichtbar zur Erkenntnis kapitalistischer Ausbeutung und zur Entschlüsselung der Kämpfe, die sich entlang des Widerspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit abspielen. Die Klassenanalyse, die aus diesem (ökonomischen) Widerspruch heraus die Arbeiterklasse als den alleinigen Träger revolutionärer Prozesse nennt, ist unzulänglich, da sie Patriarchat und Rassismen als Nebenwidersprüche sieht und damit ihr politisches und gesellschaftliches Gewicht verkennt. Indem sie die Bedeutung von rassistischer und sexistischer Unterdrückung herunterspielt oder sie bestenfalls als Spaltungsmechanismen des Kapitals analysiert und sie damit ausschließlich an dessen Existenz bindet, fehlt ihr im politisch-praktischen Prozeß das, was gesellschaftlicher Umsturz verspricht und die Mobilisierung der dazu notwendigen Gegenmacht auszulösen vermag: die Aussicht auf Befreiung von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung.

Drei zu Eins. Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus. [1]

(SB) 31. Mai 2019 - Was vor einem Vierteljahrhundert in der radikalen Linken anhand des Textes "Drei zu Eins" diskutiert wurde, hat bis heute seine Gültigkeit behalten. Im Unterschied zu damals wird inzwischen auf materialistisch bestimmte Klassenwidersprüche außerhalb der marxistischen Linken kaum mehr Wert gelegt. Diese werden häufig unter dem in poststrukturalistischen Wissenschaftsdiskursen entwickelten Begriff "Klassismus" subsumiert und auf eine Frage individueller Einstellungen und Ressentiments reduziert. So einer Kritik der politischen Ökonomie der kapitalistischen Klassengesellschaft enthoben liegt der Erkenntnisgehalt einer fundamentalen Kritik der sozial heterogenen Arbeits- und Dienstleistungsgesellschaft brach.

Als Fortschritt der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen kann demgegenüber das Weiten des Blickfeldes auf auch, aber nicht nur im marxistischen Sinne

materialistisch zu bestimmende Formen der Unterdrückung und Diskriminierung gelten, die verschiedene Rassismen und Geschlechterverhältnisse betreffen. Im englischsprachigen akademischen Diskurs wird häufig die Dreierkonstellation "race, class, gender" genannt. Sie steht im Mittelpunkt des 1989 in einem Artikel über die Unterdrückung afroamerikanischer Frauen in den USA von der Bürgerrechtsaktivistin und führenden Theoretikerin der Critical Race Theory (CRT) Kimberlé Crenshaw geprägten Begriffes der Intersektionalität. Das unter dem Titel "Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics" veröffentlichte Papier gilt heute als das Gründungsdokument des Intersektionalitätskonzeptes, das sich in seiner theoretischen Komplexität und bewegten Geschichte in einer zum 30. Jahrestag veröffentlichten Schrift [2] erkunden läßt.

Grob vereinfacht lassen sich unter dem Begriff der Intersektionalität Mehrfachdiskriminierungen zusammenfassen, die Menschen betreffen, die nicht nur in einer Hinsicht von der weißen männlichen heterosexuellen Mehrheitsnorm abweichen, sondern in mehreren. Da die analytische Erarbeitung des Konzeptes von den negativen Erfahrungen afroamerikanischer Frauen in den USA mit weißen Männern und den patriarchalen Ansprüchen ihrer schwarzen Partner als auch den Unterdrückungserlebnissen nicht heteronormativ lebender und zugleich nichtweißer Menschen inspiriert wurde, ist die Diskussion um die Grenzen und Perspektiven der Intersektionalität unter den AktivistInnen und WissenschaftlerInnen in den USA und im UK am weitesten vorangeschritten. Wesentlich ist dabei die Konzeption parallel und gleichzeitig "zwischen den Sektionen", einem zwischen Zentrum und Peripherie dynamisch interagierenden Netzwerk nicht unähnlich, verlaufender Gewaltverhältnisse, die dem

Bild linear, kausal und hierarchisch verlaufender Unterdrückungsverhältnisse entgegenstehen.

Es liegt angesichts der von der Atomisierung der Marktsubjekte gespeisten Bedeutung individueller Identitäten in der neoliberalen Konkurrenzgesellschaft auf der Hand, daß die Trias "Rasse", Klasse und Geschlecht nicht ausreicht, um das ganze Spektrum gegen einzelne Menschen gerichteter Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken zu erfassen. So nahmen die Behindertenbewegung und die WissenschaftlerInnen der Disability Studies Anstoß daran, daß die spezifische Feindseligkeit gegenüber Menschen, die von dem mehrheitlich als normal empfundenen Bild physischer und psychischer Gesundheit abweichen, lange Zeit keine angemessene Erwähnung im Rahmen des Intersektionalitätskonzeptes fand.

Die Diskriminierung als behindert geltender Menschen wird heute vor allem im Begriff des Ableism als einer affirmativen Subjektivität kritisch gespiegelt, die Personen eigen ist, die im Glauben an die Überlegenheit ihrer körperlich-geistigen Funktionserfüllung Menschen verächtlich machen, die aufgrund ihrer psychisch-physischen Konstitution nicht mithalten können. Als Variation dessen könnte das sogenannte Body Shaming verstanden werden, unter dem zum Beispiel Menschen von besonders großer Leibesfülle oder besonders kleinem Wuchs leiden, wenn sie aufgrund ihrer Körperlichkeit verspottet und herabgesetzt werden. Auch an die in einer Gesellschaft, die Jugend, Fitness und Schönheit



Frauenstreik am 8. März 2019 in Hamburg [3]

Foto: © 2019 by Schattenblick

als besonderen Wert zelebriert, anwachsende Altersdiskriminierung ist zu denken, wenn über die ein- und ausschließenden Kriterien körperlicher Repräsentation nachgedacht wird.

Wie schon anhand dieser Beispiele zu erkennen sind Klassenwidersprüche von eminenter Bedeutung für alle sozialen Beziehun-

gen, in denen in Konkurrenz um Anerkennung und Bestätigung auf Menschen herumgetrampelt und sogar über Leichen gegangen wird. So leicht sich der Anspruch auf Solidarität unter gesellschaftlichen Außenseitern und Oppositionellen im Mund führen läßt, so schwer ist er zu realisieren, wenn staatliche Repression und ökonomische Gewalt mit im - nur zyni-

scherweise als Spiel zu bezeichnenden - Ringen um Ausbeutung und Unterdrückung sind. Die Bindekraft gesellschaftlicher Integration wie das Streben um eine dominante Position in sozialen Gemeinschaften inklusive der negativen Beanspruchung von Anerkennung durch aktive Unterwerfung und affirmative Teilhaberschaft am Geschäft gegenseitiger Gewalt sind Kriterien eines sozialen Tauschhandels, der analog zum Tauschwert politökonomischer Theorie gesetzt werden kann.

Dementsprechend ist die weitere Ausdifferenzierung sozialer und gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse in ihrer für das Intersektionalitätskonzept signifikanten Empirie ein unabgeschlossener, für die Aufnahme weiterer, etwa Nationalismus, Kolonialismus und Imperialismus als gegen einzelne Menschen oder Gruppen in Stellung gebrachter Feindseligkeiten offener Prozeß. So sieht es zumindest die Gendertheoretikerin Judith Butler, wenn sie in ihrem 1991 erschienenen Grundlagenwerk "Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity" ("Das Unbehagen der Geschlechter") konstatiert: "Theorien feministischer Identität, die eine Reihe von Prädikaten wie Farbe, Sexualität, Ethnie, Klasse und Gesundheit ausarbeiten, setzen stets ein verlegenes 'usw.' an das Ende ihrer Liste (...), doch gelingt es ihnen niemals, vollständig zu sein."

Die Jüdin Butler ist ein gutes Beispiel dafür, daß die zugewandte Diskussion um Intersektionalität unter weißen AktivistInnen in den Metropolengesellschaften Westeuropas und Nordamerikas nicht

frei sein muß von der Reproduktion neokolonialistischer und imperialistischer Feindbilder. Gerade weil ihr der spezifische, nicht mit allgemeinem Rassismus zu verwechselnde Charakter des Antisemitismus aus persönlicher Lebensgeschichte vertraut ist, hat sie neben jüdischen Intellektuellen wie Noam Chomsky, Eva Illouz oder Micha Brumlick einen offenen Brief unter dem Titel "Der Einsatz für Menschenrechte ist nicht antisemitisch" [4] unterzeichnet. Sein Inhalt richtet sich gegen die Anfeindungen, denen sich jüdische AktivistInnen in Deutschland bei ihrem Eintreten für Menschen ausgesetzt sehen, "die sich mit den palästinensischen Bestrebungen nach Gleichheit und Befreiung solidarisch zeigen".

Zumindest für Butler gehört dazu auch die palästinensische BDS-Kampagne, die sie offen unterstützt und die vor kurzem in quasi großer Koalition der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien als antisemitisch verurteilt wurde. Wenn ein spezifisch gegen die Diskriminierung von JüdInnen gedachter Begriff unter Inanspruchnahme eines willkürlich herbeigeführten Vergleiches, bei dem die antisemitische Hetze des über alle Machtbefugnisse verfügenden NS-Staates gegen die jüdische Minderheit in Deutschland mit einer zivilgesellschaftlichen Kampagne dem Staat Israel gegenüber in ohnmächtiger Lage befindlicher PalästinenserInnen in eins gesetzt wird, derart entgrenzt wird, daß er sich bis zur AfD von beliebiger Seite für das politische Tagesgeschäft und die Interessen eines zudem in seiner Führung weit nach rechts gerückten Nationalstaates instrumentali-

sieren läßt, dann droht er gerade das zu verlieren, was ihn als Ausdruck gruppenbezogener Feindseligkeit wertvoll macht - die aus der eindeutigen Benennung der Zwecke und Ziele gegen JüdInnen gerichteter Aggression hervortretende Schutzfunktion.

So schließt sich an die Analyse spezifischer, vor allem nichtweiße und/oder behinderte und/oder lesbische Frauen sowie LGBTIQ-Menschen betreffender Unterdrückungsverhältnisse die Frage an, wie mit von diesem Ansatz nicht einbezogenen Gewaltverhältnissen umzugehen ist. Hat die Trans-Frau Chelsea Manning keine Solidarität verdient, weil sie sich vom US-Staat auch durch Inhaftierung nicht zu einer Aussage des der Vergewaltigung verdächtigen Julien Assange erpressen läßt? Ist Assange die Solidarität zu entziehen, obwohl ihm von der Regierung der USA, einem Zentrum patriarchaler und rassistischer Machtausübung, nach dem Leben getrachtet wird? [5]

Der universale Anspruch des Intersektionalitätskonzeptes kann überall dort in Schwierigkeiten geraten, wo spezifisch umrissene Identitäten mit Machtansprüchen übergeordneter Art kollidieren. Wie verhalten sich das Selbstbestimmungsrecht muslimischer Frauen, wenn es das Tragen des Kopftuches betrifft, mit dem Anspruch weißer AktivistInnen, ihnen das zu untersagen, weil es sich um ein Instrument patriarchaler Unterdrückung handelt? Die von der Feministin Hillary Clinton als Präsidentengattin beanspruchte Befreiung afghanischer Frauen hat unter diesen wie ihren Kindern zahlreiche Todesopfer gefordert und die Über-

lebenden in materielle Not gestürzt. Niemand spricht sich für die Diktatur des islamistischen Patriarchats aus, doch das bedeutet noch lange nicht, daß aus imperialistischen Kriegen plötzlich Befreiungskämpfe werden. Auf welcher Seite stehen afroamerikanische Soldatinnen, die sich in doppelter Hinsicht in einer militaristischen Männergesellschaft durchsetzen mußten, um irakischen Frauen das Leben zur Hölle zu machen? Wie mit dem religiösen und damit autoritär-patriarchalen Charakter des Islam umgehen, wenn ihm anhängende Menschen antimuslimischem Rassismus ausgesetzt werden?

Ähnliche Probleme stellen sich auch für die AktivistInnen eines Ökofeminismus, die sich für das Recht der brasilianischen Landlosenbewegung und von KleinbäuerInnen im Globalen Süden auf Ernährungssouveränität und den Anspruch vor Krieg und Not flüchtender Menschen auf Schutz und Hilfe einsetzen, deren Probleme unmittelbar mit dem neokolonialistischen Extraktivismus der EU und USA verknüpft sind. Die eigene Verstrickung in diese Ausbeutungslogik könnte Bündnisse vertretbar machen, die vielleicht

nicht in jeder Hinsicht mit den Problemen von Mehrfachdiskriminierung betroffener Menschen konform gehen. Andererseits dürften deren Ohnmachtserfahrungen erheblich zur Entwicklung einer Empfindsamkeit beitragen, die die Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der Erde stärkt.

Über den bloßen Anspruch auf Diversität, die sich nahtlos in die Verwertungsmechanismen des neoliberalen Kapitalismus fügen kann, hinaus öffnet das Konzept der Intersektionalität den kritischen Blick auf Gewaltverhältnisse überall dort, wo aus schlechtem Grund bislang über sie hinweggegangen wurde. Zugleich wirft es neue Fragen für feministische AktivistInnen auf, die die Artikulation ihrer Interessen mit dem Frauenstreik am 8. März einen großen Schritt vorangebracht haben. Eine weitere Politisierung im offensiven Widerstand gegen Kapital und Patriarchat könnte zum nächsten Schritt beitragen, gleiches gilt für die Hinwendung antipatriarchaler AktivistInnen zu sozialökologischen Fragen im allgemeinen und den Gewaltverhältnissen zwischen Mensch und Tier im be-

sonderen. Zu diesem Komplex unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Feminismus und Tierausbeutung in Anknüpfung an einen erweiterten Intersektionalitätsbegriff demnächst an dieser Stelle mehr.

(wird fortgesetzt)

Anmerkungen:

[1] <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/id-verlag/BuchTexte/DreiZuEins/DreiZuEinsViehmann.html>

[2] <https://www.boell.de/de/2019/04/16/reach-everyone-planet>

[3] BERICHT/119: Frauenstreik - der gleiche Kampf ... (SB) <http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0119.html>

[4] <https://www.juedische-stimme.de/2019/01/18/offener-brief-der-einsatz-fuer-menschenrechte-ist-nicht-antisemitisch/>

[5] <https://www.counterpunch.org/2019/05/28/assanges-assault-on-toxic-masculinist-militarism/>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0127.html>

POLITIK / REDAKTION / MEDIEN

Wikileaks - gleiches Recht nicht für alle ...

(SB) 31. Mai 2019 - Als Pamela Anderson am 7. Mai nach dem Besuch ihres Freundes Julian Assange im britischen Hochsicherheitstrakt Belmarsh sichtbar erschüttert ihre Sorge zum Aus-

druck brachte, das Leben des Wikileaks-Gründers sei "in Gefahr", hat fast niemand die Einschätzung der Hollywood-Schauspielerin und Bürgerrechtlerin ernst genommen. Das gleiche gilt für

die drastische Aussage Assanges, die sich in einem privaten Brief an seinen Freund Thomas Gordon Dimmack befand. In der kurzen Schrift, die Dimmack aus Sorge um Assange am 11. Mai veröf-

fentlichte, beschwert sich der 47jährige australische Verleger und Journalist über seine Isolationshaftbedingungen und den extrem stark eingeschränkten Zugang zu seinen Anwälten, um resümierend festzustellen:

Eine Supermacht bereitet seit 9 Jahren mit Hunderten von Leuten und Geldern in Millionenhöhe meinen Fall vor. Ich bin wehrlos und zähle auf Dich und andere anständige Menschen, daß ihr mein Leben rettet.

Die Sorgen der Freunde und Unterstützer Assanges um dessen Unversehrtheit erweisen sich immer mehr als berechtigt. Nach einem zweistündigen Besuch in Belmarsh am 24. Mai erklärte der Anwalt Per Samuelson, der Assange vor der möglichen Auslieferung nach Schweden wegen des fadenscheinigen Vorwurfs der sexuellen Nötigung im Jahr 2010 in Stockholm bewahren will, der Gesundheitszustand des ehemaligen Wikileaks-Chefs sei so schlecht, "daß es nicht möglich war, mit ihm ein normales Gespräch zu führen". Obwohl Assange deshalb aus gesundheitlichen Gründen an der geplanten gerichtlichen Anhörung per Video-Liveschaltung am 3. Juni nicht teilnehmen können und obwohl er eine Übersetzung der entsprechenden Dokumente nicht vor dem 11. Juni erhalten wird, hat die Staatsanwaltschaft von Uppsala Samuelsons Antrag um eine Verschiebung des Termins abgelehnt.

Inzwischen stellt sich heraus, daß sich der Gesundheitszustand von Assange, der nach acht Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London ohnehin nicht besonders

gut war, seit der Verschleppung von dort durch die britische Polizei und die Einweisung nach Belmarsh am 11. April dramatisch verschlechtert hat. Am 29. Mai wurde bekannt, daß in den Tagen zuvor die Gefängnisleitung die Unterbringung von Assange in der Krankenabteilung veranlaßt hatte. In einer Erklärung zeigte sich Wikileaks alarmiert über die jüngste Entwicklung. Die Entscheidung der Belmarsh-Verantwortlichen "spricht für sich"; "während der sieben Wochen" im Gefängnis habe Assange "dramatisch an Gewicht verloren", sein Gesundheitszustand habe "sich verschlechtert", so die Enthüllungsplattform.

Am 31. Mai veröffentlichte der Londoner Guardian Auszüge aus dem Bericht, den der UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter, Nils Melzer, zur Lage Assanges am selben Tag der britischen Regierung vorlegen sollte. Melzer hatte bereits vor einigen Tagen in Begleitung mehrerer medizinischer Experten Assange ebenfalls in Belmarsh besucht. Der ehemalige Rechtsberater des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erklärte, er habe in mehr als 20 Jahren Arbeit mit Opfern von Gewalt, Krieg und politischer Verfolgung noch niemals einen Fall erlebt, wo eine Person "von einer Gruppe demokratischer Staaten" - gemeint sind Großbritannien, Schweden und die USA - "über eine so lange Zeit und mit so wenig Rücksicht auf die Menschenwürde und rechtstaatliche Normen mit Absicht isoliert, dämonisiert und mißhandelt worden" sei. Melzer fügte hinzu:

Auf der physischen Seite liegen Beschwerden vor, aber darum

kümmert sich das Gesundheitspersonal des Gefängnisses. Folglich ist in dieser Hinsicht nichts Dringendes oder Gefährliches zu verzeichnen. Besorgniserregend ist dagegen der psychologische Aspekt, speziell seine Dauerangst. Es war spürbar, daß er sich von allen bedroht fühlt. Er hat verstanden, worin meine Funktion bestand, aber gleichwohl war er extrem aufgeregt und mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt. Es war schwierig, mit ihm ein strukturiertes Gespräch zu führen.

In einem Beitrag für seinen Blog äußerte am 31. Mai Craig Murray den Verdacht, daß Assange in Belmarsh gefoltert wird. Murray kennt sich aus auf diesem Feld. 2004 wurde er von der Regierung Tony Blairs als britischer Botschafter in Usbekistan entlassen, weil er über die Folter und Ermordung vermeintlicher "Islamisten" durch die Behörden in Taschkent nicht einfach hinwegsehen wollte, sondern dagegen immer wieder laut protestierte. Nach eigenen Angaben hat Murray 2016 im Auftrag von Wikileaks "gestohlene" Emails der demokratischen Partei über den Atlantik transportiert. Sie sollen von unzufriedenen Mitarbeitern der Partei Hillary Clintons stammen. Hartnäckig behaupten dagegen die Mainstream-Medien bis heute, Assange hätte besagte Emails, die mittels eines Hackerangriffs des russischen Geheimdienstes entwendet worden wären, vom Kreml erhalten. Assange hat dies stets bestritten.

Wie dem auch sei, Murrays Verdacht der laufenden physischen und psychologischen Vernichtung Assanges scheint nicht einfach aus der Luft gegriffen zu

sein. Der Tod des früheren WikiLeaks-Chefs oder die Herbeiführung eines Dauerzustands geistiger Umnachtung bei ihm würde der Regierung Donald Trumps und den USA einen schwierigen Prozeß um Pressefreiheit und

Spionage ersparen und dennoch das erwünschte Abschreckungssignal setzen. Schließlich hat die frühere Pentagon-Whistleblowerin Karen Kwiatkowski bereits am 7. Mai auf der Website Le-wRockwell.com behauptet, As-

sange werde in Belmarsh von der CIA "vernommen", besser gesagt "gefoltert".

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/mden-484.html>

POLITIK / KOMMENTAR / KRIEG

Syrien - Okkupation, nachladen, erobern ...

Wir sollten die Bitte der US-Regierung, bei der Absicherung der geplanten Schutzzone in Nordsyrien zu helfen, wohlwollend prüfen. Das bestehende Bundeswehrmandat in Jordanien könnte dafür entsprechend angepaßt werden.

Jürgen Hardt (Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion) [1]

(SB) 31. Mai 2019 - Es liegt in der Logik der Kriegsführung, einmal errungene Positionen nicht wieder preiszugeben, sondern sie als Ausgangslage für künftige Waffengänge vorzuhalten. Das gilt auch für den Bundeswehreinsatz in Syrien, der nun über das Ende der Koalition gegen den Islamischen Staat hinaus unter neuen Maßgaben fortgesetzt werden soll. Dabei spielen insbesondere die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik zusammen, die gemeinsam eine Pufferzone im Norden des Landes einrichten wollen. Diese soll offiziell dem doppelten Zweck dienen, sowohl den angedrohten Einmarsch der Türkei in das kurdisch besiedelte Gebiet östlich des Euphrat als auch die reguläre Wiedereingliederung der Region in die syrische Staatsverwaltung zu verhindern. Dies würde darauf hinauslaufen, einen Teil Syriens dauerhaft westlicher Kontrolle zu unterwerfen, wofür es keine völker-

rechtliche Legitimation gibt. Mithin bliebe der Einsatz der deutschen Luftwaffe über Nordsyrien eine Beteiligung an der illegalen Besetzung fremden Territoriums. [2]

Die Errichtung einer solchen Pufferzone sehen auch die Pläne der türkischen Regierung vor, die diesen Streifen Landes dauerhaft okkupieren, die kurdischen Gebiete zerschlagen und im Zuge einer ethnischen Säuberung eine arabischstämmige Bevölkerung ansiedeln will. Im Interessenkonflikt zwischen Washington und Ankara um diese territoriale Einverleibung genießen die kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) als taktische Bündnispartner der US-Streitkräfte befristete Unterstützung gegen die türkischen Angriffe. Der kurdische Gesellschaftsentwurf kann weder in Washington und Berlin noch in Moskau und Damaskus auf ernsthafte Sympathi-

en oder auch nur langfristige Duldung setzen. Daher findet der Kampf der Kurdinnen und Kurden in einer komplexen Gemengelage diverser Groß- und Regionalmächte statt, die auf den syrischen Schlachtfeldern um Einfluß ringen, weil dort die Weichen für die größer angelegten strategischen Auseinandersetzungen gestellt werden.

Am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar forderte US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan hinter verschlossenen Türen hochrangige Vertreter einiger westlicher Staaten auf, den Aufbau der Pufferzone in Syrien zu übernehmen und dabei auch Bodentruppen zu stellen. Die USA wollten ihre dortigen Aktivitäten so schnell wie möglich zurückfahren, für die Absicherung eines Nachkriegsszenarios stünden nun die Europäer in der Pflicht. Seither bemüht sich die Bundesregierung um einen kon-

struktiven Dialog mit Washington. Um nicht wieder als Bremser dazustehen, sind sich Kanzleramt, Außenamt und Verteidigungsministerium dem Vernehmen nach weitgehend einig, daß man die USA in der Syrienfrage nicht verprellen sollte. Da eine Entsendung deutscher Bodentruppen jedoch politisch ausgeschlossen ist, bot sich an, eine mögliche Schutztruppe aus der Luft zu unterstützen, wofür in Jordanien bereits Material und Logistik bereitstünde.

Im Zuge der Verhandlungen versammelten Ursula von der Leyens Politik-Chef Geza Andreas von Geyr und der Politik-Direktor John C. Rood aus dem Pentagon in Berlin streng vertraulich die anderen Nationen, die bisher an der Anti-IS-Koalition teilnehmen. Sowohl von der Leyen als auch Außenminister Heiko Maas reisten im April nach Washington, um das Thema auf höchster Ebene zu besprechen. Hatte Shanahan in München noch europäische Bodentruppen für Nordsyrien eingefordert, war bei seinem Gespräch mit von der Leyen im April nur noch von der Fortsetzung der bisherigen Bundeswehrmission die Rede. Ziemlich vague erklärte die deutsche Verteidigungsministerin nach dem Gespräch, man wolle in den nächsten Wochen und Monaten entscheiden, wie jeder Partner der internationalen Koalition "seinen fairen Anteil leisten" könne. Berlin hat Washington offenbar in den geheimen Konsultationen angeboten, das am 31. Oktober 2019 auslaufende Mandat für die Teilnahme der Bundeswehr an der Koalition gegen den IS zu verlängern.

Heute stand der Bundeswehrein-satz bei Pompeos Gesprächen mit Maas und Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin erneut auf der Tagesordnung.

Das Verhältnis Deutschlands zu den USA gilt als belastet. Seit Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump wirft die amerikanische Administration der Bundesrepublik noch drängen-der als unter dessen Vorgänger Obama vor, einen zu geringen Anteil an gemeinsamen Verteidigungsbemühungen zu leisten. Der Einsatz in Nordsyrien soll zur Annäherung beider Seiten beitragen. Diese Kontroverse überlagert und verschleiert in-dessen das Streben der Bundes-regierung, auf eigene Faust wie auch im Kontext der Europä-ischen Union die Militarisierung ihrer expansionistischen Ambi-tionen voranzutreiben. Insofern liefert der unablässige Druck Washingtons, die Kriegskasse auf die im Rahmen der NATO als Zielvorgabe vereinbarten zwei Prozent des Bruttoinlands-produkts aufzustocken und sich stärker mit eigenen Truppen zu engagieren, einen durchaus will-kommenen Vorwand, das eigene Interesse an Aufrüstung und Kriegsführung zu befördern.

Der IS hat sein einst riesiges Herr-schaftsgebiet in Syrien und im Irak mittlerweile vollständig ver-loren. Endgültig zerschlagen ist er aber noch nicht, da Zellen weiter aktiv sind und sowohl im Irak als auch in Syrien Angriffe durchfüh-ren. Auch der oberste Anführer Abu Bakr al-Bagdadi soll noch am Leben und untergetaucht sein. [3] In den Kämpfen gegen den IS wurden zwar zahlreiche Milizio-näre getötet oder gefangengenom-

men und Territorien zurückero-ber, nicht wenige IS-Kämpfer aber auch im Zuge eines Verdrän-gungsprozesses zum Abzug ge-zwungen, die sich andernorts neu formieren können. Erst als sich abgezeichnet hatte, daß keine der zahlreichen islamistischen Söld-nergruppierungen dem IS stand-halten konnte, der ihnen militä-risch überlegen war und sie regel-recht aufsaugte, setzte die US-Re-gierung auf die kurdischen YPG/YPJ. Diese kämpfen nicht für Gotteslohn oder Sold, sondern für den Fortbestand ihrer ange-griffenen Siedlungsgebiete und den gerade in dieser Weltregion beispiellosen Gesellschaftsent-wurf des demokratischen Födera-lismus. Sie waren denn auch die einzigen kämpfenden Einheiten, die unter hohem Blutzoll den IS am Boden besiegen konnten, was sie unverzichtbar für die US-Streitkräfte und die Anti-IS-Ko-alition machte.

So wesentlich die Lufthoheit und schweren Waffen der USA und Frankreichs sowie phasenweise auch Rußlands waren, um insbe-sondere die türkische Luftwaffe und Panzertruppe am Angriff auf die kurdischen Gebiete und Stel-lungen zu hindern, wäre der IS in den Ortschaften und Städten, wo er sich unter die ansässige Bevöl-kerung mischte, allein mit Bom-ben, Raketen und Artilleriegrana-ten nicht zu überwinden gewesen. Hinzu kommt, daß diese Anwen-dung überlegener Waffengewalt aus der Distanz bei der Rückeroberung ungeheuer viele zivile Opfer kostete und verhee-rende Verwüstungen anrichtete.

Militärisch soll die Bundeswehr die Etablierung der geplanten Schutzzone aus der Luft mit den

hochauflösenden Aufklärungsbildern der Tornados und der Luftbetankung durch einen Airbus A310 der Luftwaffe unterstützen. Voraussetzung dafür wäre eine Verlängerung der Stationierung deutscher Soldaten in Jordanien, von denen sich derzeit rund 280 in "Camp Sonic" auf dem jordanischen Luftwaffenstützpunkt Muwaffaq Salti Air Base bei Al-Asrak befinden, der rund 100 Kilometer östlich von Amman liegt.

Außenpolitisch wäre der Einsatz ein deutliches Signal, daß Deutschland auch bei heikleren internationalen Missionen Position bezieht. Wie eingangs zitiert, wird in der CDU eine solche Verlängerung des Mandats positiv gesehen. Innenpolitisch ist die Idee einer Fortsetzung des Einsatzes jedoch selbst in der Koalition umstritten. Schon bei der letzten Verlängerung des Mandats, bei der es sich bereits um die dritte handelte, wackelte die Mehrheit von CDU/CSU und SPD. Daher wurde als Kompromißformel im Text festgeschrieben, daß die Mission spätestens 2019 ausläuft. "Die Bereitstellung von 'Tornados' zur luft- und raumgestützten Aufklärung sowie die Luftbetankung werden zum 31. Oktober 2019 beendet", heißt es im Beschluß des Bundestags vom 18. Oktober 2018. Die SPD lehnt eigenen Angaben zufolge eine Verlängerung strikt ab. Eine Schutzzone ohne Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat berge "enorme Eskalationsrisiken", gab der außenpolitische Sprecher Rolf Mützenich zu bedenken. "Die SPD hat im vergangenen Jahr durchgesetzt, dass der 'Tornado'-Einsatz in diesem Herbst ausläuft. Eine Verlängerung oder eine Anpassung des

Mandats kommt aus unserer Sicht nicht infrage."

Kritisch äußerte sich auch Tobias Lindner, Verteidigungsexperte der Grünen. Er forderte die Bundesregierung auf, umgehend den Bundestag über ihre Pläne zu informieren. "Der Schutz der Kurden ist wichtig, kann aber nur auf Basis des Völkerrechts erfolgen", sagte Lindner. Die Grünen würden einen möglichen Mandatsantrag "gründlich prüfen". [4] Die Bundestagsfraktion der Linken hatte einen Bundeswehreininsatz in Syrien von Anfang an abgelehnt und eine Verfassungsklage gegen die Entscheidung der Bundesregierung erwogen. Ihres Erachtens gab es kein ausreichendes Mandat oder zumindest keine eindeutige rechtliche Grundlage. Die Grundrechtspartei erhob am 6. Dezember 2015 Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, doch wurden ihre Anträge mit Beschluß vom 18. Februar 2016 ohne inhaltliche Begründung als unzulässig verworfen.

Der Kampf gegen den IS, dessen Schreckensherrschaft in den USA und allen europäischen Staaten außer der Türkei ein auch in der Öffentlichkeit unbestrittenes Feindbild bot, wurde zum Türöffner einer nichtmandatierten militärischen Intervention in Syrien, die letztendlich ganz anderen Bestrebungen geschuldet war, als nur die Gotteskrieger zu besiegen und die Kurdengebiete zu schützen. Weder lag eine Resolution des UN-Sicherheitsrats vor, noch hatte die syrische Regierung um Hilfe gebeten. Und selbst wenn völkerrechtlich ein Angriff vorläge, dürfte die Bundeswehr zur Verteidigung eines

anderen Staates laut Bundesverfassungsgericht nur im Rahmen eines sogenannten Systems kollektiver Sicherheit, also der UNO oder der NATO, eingesetzt werden, was aber nicht der Fall war. Für die EU wurde das zwar behauptet, was aber sehr umstritten war, da diese bislang keine militärische Struktur aufweist und nicht einmal ein einstimmiger Beschluß des Europäischen Rates (gemäß Art. 42 Abs. 2, 4, 5 EU-Vertrag) vorlag.

Dies zeigt zum einen, daß die Argumentation mit dem Völkerrecht und der Mandatierung im System kollektiver Sicherheit grundsätzlich auf tönernen Füßen steht. Denn wer wollte etwa der NATO attestieren, ihr liege die Sicherheit der Welt am Herzen. Es bleibt letzten Endes eine Machtfrage, Kriege zu führen und deren Legitimation entsprechend anzupassen, um die Bevölkerung an der Heimatfront bei der Stange zu halten. Gelten des Recht wird dabei systematisch mißachtet und gebrochen, um auf diese Weise neue Standards zu etablieren, die dann ihrerseits ausgehebelt werden können. Was aber die Sozialdemokraten betrifft, deren Veto in der Koalition die Verlängerung des Mandats verhindern könnte, dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Zum einen war ihr Außenminister Maas in die Geheimverhandlungen mit Washington eingebunden, zum anderen befürworteten auch sie Auslandseinsätze der Bundeswehr. Auf ihrer vergeblichen Suche nach einem eigenständigen Profil behalten sie sich nur dann und wann vor, ganz bestimmte Rüstungsexporte oder Kriegsbeteiligungen befristet auszusetzen.

Anmerkungen:

[1] www.spiegel.de/politik/ausland/mike-pompeo-in-berlin-angela-merkel-spricht-mit-us-aussenminister-ueber-iran-konflikt-a-1270112.html

[2] www.jungewelt.de/artikel/355777.naher-osten-tornados-gegen-völkerrecht.html

[3] www.zeit.de/news/2019-05/30/syrien-einsatz-der-bundeswehr-koennte-doch-laenger-dauern-190530-99-443014

[4] www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/USA-draengt-auf-Bundeswehr-Einsatz-in-Nord-Syrien

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/volk1742.html>

REDAKTION / WOCHENDRUCKAUSGABE / EDITORIAL



Foto: © by Schattenblick

Liebe Leserinnen und Leser des Schattenblick,

noch einmal möchten wir auf diesem Wege daran erinnern, daß aufgrund einer Versandkosten-erhöhung der Deutschen Bundespost zum 1. Juli 2019 ein Abonnement der Wochendruckausgabe ab der Nummer 140 statt zur Zeit Euro 25,- dann Euro 28,- kosten wird; das bedeutet einen Aufpreis pro Ausgabe von 75 Cent.

Dem Nichtabonnenten bleibt ein Einzel Exemplar mit Euro 8,50 erhalten.

Ihre Schattenblick-Redaktion

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

UNTERHALTUNG / COMIC / COMIC STRIP

Ringreiten ...



Grafik: © 2019 by Schattenblick

POLITIK / UNO / MELDUNG

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

UNO fordert sofortige Freilassung katalanischer Gefangener in Spanien

Nachricht vom 30. Mai 2019

Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen fordert die sofortige Freilassung katalanischer politischer Gefangener in Spanien. Der katalanische Außenminister Alfred Bosch fordert die spanischen Behörden auf, dem Beschluss der Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen (WGAD) Folge zu leisten.

In einer offiziellen Erklärung fordert die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen [1] die sofortige Freilassung des Vorsitzenden der katalanischen Republikanischen Partei (ERC), Oriol Junqueras; des Vorsitzenden der kulturellen zivilgesellschaftlichen Vorsitzenden der zivilgesellschaftlichen Organisation ANC, die sich für die Unabhängigkeit Kataloniens einsetzt, Jordi Sánchez.

Die UN-Arbeitsgruppe, die vom Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte (UN Human Rights) abhängt, fordert die sofortige Freilassung dieser Gefangenen, aber auch, sie für die Zeit und Schäden zu kompensieren, die für die Untersuchungshaft aufgewendet wurde bzw. durch die Haft entstanden sind (seit November 2017 in Haft).

Der Fall wurde der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen im Februar 2018 vom internationalen Anwalt und ehemaligen Sonder-

berichterstatte der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte, Ben Emmerson, vorgestellt. Laut Emmerson verhält sich Spanien "nicht wie ein demokratisches Land in Europa" und das Land verstoße "gegen demokratische Grundsätze".

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, dass sowohl die Meinungsfreiheit als auch das Recht auf Manifestation und Teilnahme eindeutig verletzt wurden. In gleicher Weise werden die katalanischen Unabhängigkeitsführer in eine "friedliche politische Bewegung" eingeordnet.

Die Arbeitsgruppe hat in ihrer Urteilsfindung auch die Informationen der spanischen Regierung, des gesamten juristischen Prozesses gegen die Gefangenen und die Entscheidung des deutschen Oberlandesgerichts Schleswig-Holstein im Fall Puigdemont in Bezug auf das Nichtvorhandensein von Gewalt, in Betrachtung gezogen.

Katalanischer Außenminister Alfred Bosch: "Die spanischen Behörden sollten dem UN-Entscheid nachkommen"

Der katalanische Minister für auswärtige Angelegenheiten, institutionelle Beziehungen und Trans-

parenz, Alfred Bosch, fordert die spanischen Behörden auf, "der Entscheidung der UN-Arbeitsgruppe nachzukommen und die politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen". Bosch warnt, dass die Entscheidung eindeutig zeigt, dass das präventive Gefängnis "in diesem Fall eine unverhältnismäßige Maßnahme darstellt".

In diesem Sinne unterstreicht Bosch die Notwendigkeit, dass das Königreich Spanien sich des Problems bewusst wird und "die Unterdrückung aufgibt, um einen Dialog mit Katalonien aufzunehmen", wobei die Schlussfolgerungen der UN-Arbeitsgruppe als ein klares Zeichen für die Suche nach einer friedlichen und verhandelten Lösung für das katalanische Problem zu verstehen sei.

Unabhängigkeitsbewegung, eine demokratische und friedliche Option

Laut dem katalanischen Minister wurde das "präventive Gefängnis genutzt, um Rache zu üben und gegen die Unabhängigkeitsbewegung vorzugehen", eine politische Option, die der Minister als demokratisch und friedlich hervorhebt und die von den katalanischen Bürgern an den Wahlurnen bei den jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament, den Spani-

enwahlen und in den Kommunalwahlen bestätigt wurde."

Das Gerichtsverfahren, ein historischer Fehler

Diese von der UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen vorgelegte Entscheidung sei zudem ein weiteres Beispiel dafür, "dass der Gerichtsprozess ein historischer Fehler ist", sagt Bosch. "Wir bestehen darauf, dass der einzige Ausweg aus dem Konflikt der Dialog ist und den Bürgern Kataloniens eine Stimme zu geben, damit sie über ihre eigene Zukunft entscheiden können".

Bosch betont erneut, wie wichtig es sei, dass Spanien dieser internationalen Warnung folgt, da der Beschluss der UN-Arbeitsgruppe "legitim ist und Rechtsprechung schafft". Der spanische Staat sollte den Empfehlungen der Vereinten Nationen nachkommen.

Nicht die erste Forderung internationaler Organisationen

Es ist nicht das erste Mal, dass ein internationales Gremium die Entscheidung der spanischen Justiz in Frage stellt, die katalanischen Politiker und Aktivisten inhaftiert zu halten. Amnesty International, die Weltorganisation gegen Folter (OMCT), unter anderem Frontline Defenders, fordern bereits die sofortige Freilassung der Gefangenen. Sowohl die deutsche als auch die belgische Justiz haben geltend gemacht, dass es keine Verbrechen von Aufruhr und Rebellion gegeben habe, wofür die Betroffenen in Spanien trotzdem vor Gericht stehen.

Erst diese Woche hat die spanische Staatsanwaltschaft ihre Forderung von 25 Jahren Haft wegen Rebellion für Oriol Junqueras, und 17 Jahren Haft für Jordi Sánchez, Jordi Cuixart und die ehemalige katalanische Parlamentspräsidentin Carme Forcadell bestätigt.

Was ist die Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen?

Die Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen wurde von der ehemaligen Menschenrechtskommission gegründet und hat die Aufgabe, Fälle von Haft zu untersuchen, ob diese willkürlich verhängt wurde oder nicht den einschlägigen Normen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Gesetzen auf dem Gebiet der Menschenrechte entsprechen. Die Arbeitsgruppe besteht aus fünf unabhängigen Experten, die vom Menschenrechtsrat [2], dem Hauptorgan der Vereinten Nationen für Menschenrechte, mittels einer strengen Auswahl bestimmt werden, um deren Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Kompetenz zu gewährleisten.

Wenn die Einrichtung beschließt, dass eine willkürliche Inhaftierung stattgefunden hat, wird die zuständige Regierung aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Die Regierungen sind verpflichtet, die von ihnen ergriffenen Maßnahmen zur Behebung der Situation im Auge zu behalten und darüber zu informieren.

Obwohl Spanien behaupten kann, das Urteil sei nicht bindend, würde seine Nichtbeachtung gegen das Völkerrecht und insbesonde-

re gegen die von Spanien unterzeichneten Menschenrechtsverträge verstoßen. Die Autorität dieser von Staaten eingerichteten Arbeitsgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte im Zusammenhang mit dem Verbot willkürlicher Verhaftungen und Inhaftierungen kann nicht in Frage gestellt werden.

Wenn Spanien die UN-Regelung nicht einhält, wird es Teil der Staatengruppe, die die Menschenrechte nicht respektiert und gegen das Völkerrecht verstößt. Laut dem neuesten Bericht der Arbeitsgruppe wurden im Jahr 2017 31 Personen aufgrund der Stellungnahmen der Arbeitsgruppe freigelassen. Länder wie die USA, Israel, die Türkei oder Kuba haben nach Erhalt einer solchen Stellungnahme der Arbeitsgruppe die Gefangenen freigelassen.

Die Arbeitsgruppe weist zudem darauf hin, dass die andauernde Haft dieser Menschen eine kontinuierliche Verletzung der Freiheit ist, die durch den Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Artikel 9 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte geschützt ist.

Die Arbeitsgruppe tritt dreimal im Jahr zusammen, um über mögliche Verletzungen der Menschenrechte in Sinne von willkürlichen Inhaftierungen zu befinden. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe ist der mexikanische Menschenrechtsexperte Mr José Guevara Bermúdez und die weiteren Mitglieder sind Ms Leigh Toomey (Australien), Ms Elina Steinerte (Lettland), Mr Seong-Phil Hong (Republik Korea), und Mr Sètondji Adjovi (Benin).

Anmerkungen:

[1] <https://www.ohchr.org/en/issu-es/detention/pages/wgadindex.aspx>

[2] <https://www.unric.org/de/men-schenrechte/106>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/uno/punm0321.html>

UMWELT / MEINUNGEN

Müll - trotz alledem ...

(SB) 31. Mai 2019 - Die Kokosinseln im Indischen Ozean gelten als eines der letzten unberührten Refugien Australiens. Nur zwei der 27 kleinen Atolle dieses Archipels sind dauerhaft bewohnt. Rund 600 Menschen leben hier inmitten der ozeanischen Wüste, 2100 Kilometer nordwestlich von Australien gelegen.

Vor kurzem berichtete eine australische Forschergruppe im Wissenschaftsmagazin "Nature Scientific Reports", daß sich auf den Kokosinseln gewaltige Mengen an Plastikmüll angesammelt

haben. Dabei fanden die Forscherin Dr. Jennifer Lavers vom Institute for Marine and Antarctic Studies der Universität von Tasmanien und ihre Kolleginnen in zehn Zentimeter Tiefe der Strände manchmal ein Vielfaches des oberflächlich anzutreffenden Plastikmülls. Den Hochrechnungen zufolge liegen auf dem Archipel 414 Millionen Plastikteile - inklusive 997.000 Plastikschuhe und 373.000 Zahnbürsten -, die ein geschätztes Gesamtgewicht von 238 Tonnen haben. [1]

Weil die Kokosinseln - engl. Cocos Islands, auch Keeling Islands oder Cocos (Keeling) Islands genannt - genau nicht in einem der fünf riesigen Plastikmüllstrudel der Ozeane liegen, wenngleich starke Meeresströmungen nördlich und südlich an ihm vorbeiziehen, dienen sie laut Lavers als "Kanarienvogel in der Kohlemine" für den Zustand des gesamten Planeten. Dem geht es offensichtlich ziemlich dreckig, er erstickt im Müll.

Als Meeresbiologin arbeite sie seit rund 15 Jahren auf entlegenen Inseln, berichtet Lavers gegenüber AFP. Daher wisse sie, daß sich auf fast allen von ihnen Plastik angesammelt hat, und sie sei nicht überrascht, daß das auch für die Kokosinseln gilt. Doch habe sie nicht damit gerechnet, daß an manchen Stellen der Strände, an denen sie gegraben hat, der Plastikanteil mit der Tiefe sogar noch zunimmt. Unter der Oberflächen könnten bis zum 26fachen der Menge an Plastik liegen, die sich auf dem Sand befindet, vermute sie. [2]

Vor zwei Jahren hatte Lavers rund um den Globus mit ihrem Bericht

über Plastikmüll auf der südostpazifischen Insel Henderson Island mediale Aufmerksamkeit erlangt. Mit "nur" 38 Mio. Plastikteilen war die Müllmenge verglichen mit der auf den Kokosinseln zwar weniger groß, aber der Abfall konzentrierte sich dort auf eine wesentlich kleineren Fläche. Laut Lavers ist Henderson Island der am stärksten mit Plastikmüll verseuchte Ort der Welt.

Schon damals war das Problem der immensen Menge an Plastikabfall auf den Kokosinseln bekannt. So hieß es in einer Pressemitteilung der australischen Regierung vom 31. März 2017, daß sie ein auf fünf Jahre angelegtes Meeressmüllprojekt auf den Kokosinseln finanziert. Bei einer Sammelaktion seien 50.000 Teile mit einem Gewicht von fast zwei Tonnen Plastikmüll eingesammelt worden. Dessen Herkunft solle nun genauer identifiziert werden. Laut der Ministerin für regionale Entwicklung, Fiona Nash, geht von dem Projekt ein "langfristiger Nutzen" für die öffentliche Gesundheit der Inselbevölkerung aus. [3]

Fast die Hälfte der 8,3 Milliarden Tonnen Plastik, die in den letzten rund 60 Jahren weltweit produziert wurden, entfiel auf die zurückliegenden dreizehn Jahre. Dabei wird rund 40 Prozent des Plastiks im ersten Jahr nach seiner Herstellung wieder weggeworfen. Im Jahr 2010 wanderten etwa 12,7 Mio. Tonnen Plastikmüll in die Ozeane. Man schätzt, daß es in den Weltmeeren mehr Plastikteilchen gibt als Sterne in der Milchstraße.

Die deutsche Plastikindustrie zeichnete zwar in der zweiten

Hälfte des vergangenen Jahres sinkende Produktionszahlen [4], dennoch kann man davon sprechen, was des einen Leid ist des anderen Freud'. Die Herstellung von Plastik bleibt ein attraktiver Wirtschaftszweig, mit allerbesten Aussichten für die Zukunft. 2017 berichtete PlasticsEurope, der Verband der Kunststoffherzeuger: "Die weltweite Nachfrage nach Kunststoff ist erneut deutlich gestiegen und Europa ist im internationalen Vergleich weiterhin einer der bedeutendsten Erzeugerstandorte." [5]

Demnach wurden im Jahr 2016 weltweit 335 Mio. Tonnen Plastik produziert, davon 60 Mio. Tonnen in Europa. Die rund 1,5 Mio. Beschäftigten der europäischen Kunststoffindustrie erwirt-

schafteten einen Umsatz von etwa 350 Milliarden Euro (2017). Das Geschäft brummt. Und was nutzt die im weltweiten Maßstab vergleichbar hohe Recyclingquote von Plastikabfällen in Deutschland, wenn der nicht-recyclebare Anteil nach Übersee transportiert (u.a. nach Malaysia, Indonesien, Indien, Thailand, Türkei) und dort gelagert wird oder dann doch wieder den Weg ins Meer findet. Die Gesamtproduktion muß sinken, um die Plastikflut aufzuhalten, doch das schmälert den Profit der beteiligten Plastikproduzenten.

Anmerkungen:

[1] <https://www.nature.com/articles/s41598-019-43375-4.pdf>

[2] http://www.terraily.com/reports/Remote_island_beach_plastics_point_to_greater_waste_problem_999.html

[3] https://minister.infrastructure.gov.au/nash/releases/2017/March/fn047_2017.aspx

[4] <https://www.kunststoff.de/news/markt-und-wirtschaft/artikel/rueckgang-der-produktion-2018-in-schwierigem-umfeld-8638154.html>

[5] <https://www.plasticseurope.org/de/resources/publications/395-plastics-facts-2017>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-300.html>

UMWELT / MEINUNGEN

Fracking - Vermarktungsimperialismus ...

(SB) 31. Mai 2019 - "Freiheitsgas" oder "Moleküle der US-Freiheit" nennen Mitglieder der Trump-Administration das per Fracking geförderte Erdgas, das unter anderem in die Europäische Union exportiert wird. Solche ideologischen Attribute wirken nachgerade lächerlich, weiß doch alle Welt, daß das Fracking-Gas aus den USA sehr viel teurer ist als beispielsweise russisches Pipeline-Erdgas und von niemandem freiwillig gekauft würde. Daß die US-Regierung dennoch damit durchkommt, hat insofern mit "Freiheit" zu tun, als daß sie dank ih-

rer wirtschaftlichen und, noch wichtiger, militärischen Stärke so frei ist, erpresserische Methoden einzusetzen und Gewalteskationen anzudrohen, um ihr Gas zu verhökern. Umgekehrt wird beispielsweise das konkurrierende deutsch-russische Pipeline-Projekt Nord Stream 2 torpediert, indem allen beteiligten Unternehmen Sanktionen angedroht werden.

Womit nicht behauptet werden soll, daß jene Erdgasleitung, die von Rußland durch die Ostsee nach Deutschland führt, verteidigungswert wäre. Doch gründet

sich die US-Kritik an Nord Stream 2 auf geostrategische und ökonomische Interessen und nicht auf Bedenken wegen der mit der Erdgasverbrennung verbundenen Klima- und Umweltproblematiken.

Den Aufschlag zur ideologischen Verklärung des erdgeschichtlich aus vergammelten Pflanzen und Tieren entstandenen und dementsprechend übel miefenden Erdgases als "freedom gas" (Freiheitsgas) machte der US-amerikanische Energieminister Rick Perry. Er, der viele Jahre Gouverneur von Texas

war und nicht gerade als der hellste Kopf in der US-Regierung bekannt ist - eine Überschrift von Politico vom 29. August 2011 lautet: "Is Rick Perry dumb?", z. Dt.: Ist Rick Perry dumm? [1] - sagte laut der Internetseite Euractiv.com Anfang Mai bei seinem Besuch der EU-Administration in Brüssel, siebzig Jahre nach der Befreiung Europas von der Besetzung durch Nazi-Deutschland lieferten die Vereinigten Staaten dem europäischen Kontinent erneut "eine Form von Freiheit, und anstatt in Gestalt junger amerikanischer Soldaten ist es in Form von Flüssigerdgas". [2]

Auf Nachfrage von Euractiv.com, ob "Freiheitsgas" ein passender Begriff zur Beschreibung des LNG (Liquid Natural Gas - Flüssigerdgas) von den USA nach Europa sei, bestätigte Perry, das könne man so sagen. Der US-Energieminister hatte im vergangenen Monat zwei Verträge zur Lieferung von LNG in die EU unterzeichnet, mit der erklärten Absicht, das (preiswertere) russische und norwegische Erdgas zu ersetzen. Die US-Regierung behauptet, daß mit der wachsenden Menge an LNG aus den USA dessen Preis sinken werde und Europa deshalb kein Erdgas aus Rußland brauche.

So erheiternd es vielleicht klingt, wenn politische Entscheidungsträger in Washington von "Molekülen der US-Freiheit" sprechen, so gefährlich für alle anderen sind die hinter solchen extremen Plattitüden steckenden Einstellungen und Absichten. Beispielsweise gehört Perry zu den Kreationisten. Dieser christlich fundamentalistische Menschen-

schlag glaubt, daß die Erde von Gott geschaffen wurde und daß die naturwissenschaftliche Evolutionstheorie falsch ist. Solch eine Meinung hat konkrete Konsequenzen: Nachdem im April 2010 die Erdölplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexico nach einem Blowout zunächst in Brand geraten war und dann untergegangen ist, sagte Perry, damals Gouverneur von Texas: "Von Zeit zu Zeit geschehen Dinge, die Gottes Werk sind und nicht verhindert werden können." [3]

Dem wäre entgegenzuhalten: Erstens hätte niemand in einer solchen Tiefe nach Öl bohren müssen und zweitens haben die daran beteiligten Unternehmen, respektive der Ölkonzern BP, Sicherheitsmaßnahmen vernachlässigt. Wenn es Gottes Tat war, daß elf Arbeiter ihr Leben verloren und zahllose Lebewesen im Ölschlick verreckt sind - nun ja, jeder hat ein Recht darauf, sich den Gott auszusuchen, von dem er sich die meisten Vorteile verspricht. Aber wie zuverlässig ist ein Mensch solchen Glaubens als Geschäftspartner?

Daß die Verknüpfung von Erdgas mit Freiheit keiner der vielen Ausrutscher war, für die Perry zur Freude der Kabarettszene in den USA einschlägig bekannt ist, beweist eine Presseerklärung des US-Energieministeriums vom 28. Mai 2019. Darin wird Energiestaatssekretär Mark Mezezes mit den Worten zitiert:

"Die Erhöhung der Exportkapazität aus dem Freeport LNG-Projekt ist entscheidend für die weltweite Verbreitung von Freiheitsgas, so daß den amerikani-

schen Verbündeten eine diverse und erschwingliche Quelle für saubere Energie zur Verfügung gestellt wird."

Steven Winberg, Assistant Secretary of Energy for Fossil Energy im Energieministerium, ergänzt:

"Mit den USA in einem weiteren Jahr der rekordverdächtigen Erdgasproduktion freue ich mich, daß das Energieministerium alles in seiner Macht Stehende tut, um ein effizientes Regulierungssystem zu fördern, das es ermöglicht, Moleküle der US-Freiheit in die Welt zu exportieren." [4]

Wenn die Erdgasmoleküle aus den USA "Freiheit" bedeuten, bleibt für alle anderen Anbieter dieses fossilen Energieträgers - unausgesprochen - nur noch die "Unfreiheit". Menschen mit einem Weltbild, in dem dann Freiheit für gut und Unfreiheit für böse stehen, bilden für Menschen, die nicht diesem Glauben anhängen, eine potentielle Bedrohung. Vor allem, wenn sie über gewisse Zerstörungsmittel verfügen, um ihrem Glauben, der im Fall Perrys und anderer Mitglieder der US-Administration auch noch apokalyptisch konnotiert ist, Geltung zu verschaffen. Nicht nur aus Umwelt- und Klimaschutzgründen wäre also die EU gut beraten, wenn sie nicht die Abhängigkeit vom Pipeline-Erdgas durch eine andere Abhängigkeit, nämlich vom Freiheitsgas der Zeloten im Weißen Haus, ersetzen würde. Verzicht auf Erdgas wäre folgerichtig die eleganteste Antwort sowohl auf die Klimakrise als auch den Vermarktungsimperialismus.

pool - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Brasilien

Bolsonaro will Geld für Landbesitzer statt für Regenwald ausgeben

(Montevideo, 29. Mai 2019, *la diaria*) - Am 27. Mai hat sich der brasilianische Umweltminister Ricardo Salles mit Vertreter*innen Norwegens und Deutschlands getroffen, um mit ihnen über veränderte Vorgaben bei der Geldervergabe des Amazonas-Fonds zu sprechen. Norwegen und Deutschland finanzieren den Fonds, mit dem Abholzungen verhindert und gerodete Gebiete

wieder aufgeforstet werden sollen. Die brasilianische Regierung von Jair Bolsonaro plant nun, einen Teil der Gelder des Fonds für Entschädigungen von Landbesitzern zu verwenden, die zugunsten von Schutzgebieten enteignet wurden. Das berichtete die Nachrichtenagentur EFE [1]. "Wir haben noch nicht über alle Details gesprochen, das wird auf weiteren Treffen geschehen", erklärte Salles.

norwegischen und zu vier Prozent von der bundesdeutschen Regierung. Ein Prozent stiftet die staatliche brasilianische Ölfirma Petrobras. Deshalb müssen Norwegen und Deutschland einer Umverteilung der Gelder zustimmen.

Bereits vor dem Treffen hatte Salles einen Bericht vorgestellt, demnach in 82 Prozent der Verträge des Fonds "Unregelmäßigkeiten" aufgetaucht seien, berichtete die Tageszeitung *Folha de São Paulo*. Konkrete Beispiele nannte der Minister jedoch nicht.

Die norwegische Botschaft zeigte sich gegenüber der Zeitung überrascht von den Erklärungen Salles' und betonte, "der Fonds ist auf eine strenge Beobachtung der Abholzung durch brasilianische wissenschaftliche Institute angewiesen, sowie auf eine nachvollziehbare Führungspolitik, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft".

Auch wissenschaftliche und Umweltschutzorganisationen bestätigen, dass der Fonds seinen Zweck erfülle. "Der Fonds hat dazu beigetragen, dass (die Abholzung) nicht zunimmt (...). Salles behauptet, dass der Fonds nicht gut arbeitet, aber er selbst ist nie vor Ort gewesen", sagte Adriana Ramos, Vorsitzende des Sozio-ökologischen Instituts, gegenüber der Nachrichtenagentur AP.

Dieser Vorstoß passt zu den Wahlkampfversprechen Bolsonaros und wurde umgehend von der brasilianischen Beobachtungsstelle für das Klima [2] kritisiert, die als Dachverband für Umweltschutzorganisationen fungiert. Die Beobachtungsstelle erklärte, dass die Mehrheit der Landbesitzer, die in den Genuss der Entschädigung kommen würden, sich ihr Land illegal angeeignet hätten.

Norwegen hat 800 Millionen eingezahlt

Der Amazonas-Fonds wurde 2008 während der Amtszeit von Lula da Silva gegründet, um das Amazonasgebiet zu erhalten, die Abholzung zu verhindern, gerodete Flächen wieder aufzuforsten und Umweltkontrollen zu verbessern. Die 850 Millionen Dollar, die bisher in den Fonds geflossen sind, stammen zu 95 Prozent von der

Fortsetzung von Seite 16:

Anmerkungen:

[1] Außerdem zitiert Politico einen republikanischer Parteigenossen Perrys mit den Worten: "Er ist wie Bush - nur ohne Gehirn."
<https://www.politico.com/story/2011/08/is-rick-perry-dumb-062214>

[2] <https://www.euractiv.com/section/energy/news/freedom-gas-us-opens-lng-floodgates-to-europe/>

[3] <https://www.newstatesman.com/blogs/the-staggers/2010/05/gulf-mexico-spill-god>

[4] <https://www.energy.gov/articles/departement-energy-authorizes-additional-lng-exports-freeport-lng>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-301.html>



Laut der brasilianischen Umweltschutzorganisation Imazon wurden im April 71 Prozent der Abholzungen auf privaten Ländereien begangen.

Anmerkungen:

[1] https://www.eldiario.es/sociedad/Brasil-amazonico-alimentado-Alemania-Noruega_0_903610956.html

[2] <http://www.observatoriodoclima.eco.br/en/improbo-ricardo-salles-quer-tirar-fundo-amazonia-paradar-greileiros/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poona/bolsonaro-will-geld-fuer-landbesitzer-statt-fuer-regenwald-ausgeben/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/wilt0194.html>

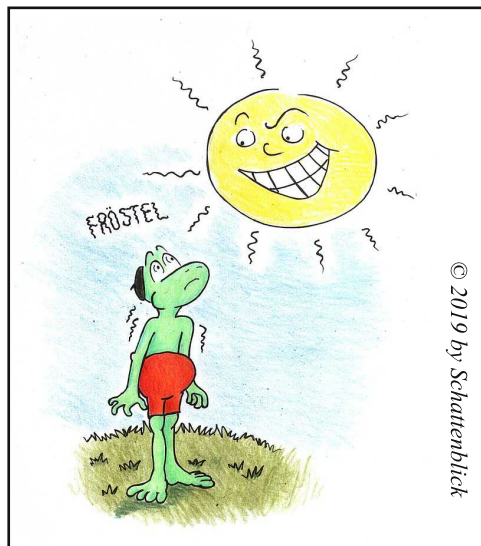
Inhalt Ausgabe 2937 / Samstag, den 1. Juni 2019

- 1 BÜRGER/GESELLSCHAFT - FAKTEN:
Proteste gegen die Lateinamerika- und Karibik-Konferenz in Berlin (Pressenza)
- 2 BÜRGER - REPORT: Frauenstreik - verschieden oder unvereinbar ... (1)
- 5 POLITIK - REDAKTION: Wikileaks - gleiches Recht nicht für alle ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Syrien - Okkupation, nachladen, erobern ...
- 10 EDITORIAL: Liebe Leserin und lieber Leser
- 11 UNTERHALTUNG - COMIC: Hartze - Ringreiten ...
- 12 UNO: ... sofortige Freilassung katalanischer Gefangener in Spanien (Pressenza)
- 14 UMWELT - MEINUNGEN: Müll - trotz alledem ...
- 15 UMWELT - MEINUNGEN: Fracking - Vermarktungsimperialismus ...
- 16 UMWELT: Bolsonaro - Geld für Landbesitzer statt für Regenwald (poonal)
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 01. Juni 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 1. Juni 2019

+++ Vorhersage für den 01.06.2019 bis zum 02.06.2019 +++



Anwachsend warm,
trocken und schwül
mit Sonnencharme,
Jean-Luc wird 's kühl.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:

Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberrecht und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.